

SJD / Postulat Simmler-St.Gallen / Lüthi-St.Gallen / Böhi-Wil / Locher-St.Gallen
(68 Mitunterzeichnende) vom 17. September 2019

Innere Sicherheit im Kanton St.Gallen: Herausforderungen und Strategie

Antrag der Regierung vom 12. Mai 2020

Gutheissung mit folgendem Wortlaut: «Die Regierung wird eingeladen, dem Kantonsrat einen aktualisierten Bericht mit eventuellen Anträgen zur inneren Sicherheit und zur Sicherheitsstrategie im Kanton St.Gallen zu erstatten. Insbesondere soll der Bericht ~~in Bezug auf die in den vergangenen Berichten angekündigten Massnahmen konsolidiert Zwischenbilanz ziehen und die konkrete Umsetzung des Korpsausbaus bei der Kantonspolizei sowie dessen Auswirkungen auf andere Behörden (Staatsanwaltschaft, Gerichte)~~ auch die Möglichkeiten und Perspektiven der interkantonalen und internationalen Zusammenarbeit der Polizeiarbeit aufzeigen.»

Begründung:

Die Erstunterzeichnenden des Postulats erwähnen zutreffend, dass die Regierung seit der Jahrtausendwende in insgesamt drei ausführlichen Berichten die jeweilige Sicherheitslage, die zu erwartenden Herausforderungen, die möglichen Effizienzsteigerungen, die neuen Formen der polizeilichen Aufgabenerfüllung, die bestehenden und künftigen Kooperationsmöglichkeiten sowie den personellen Handlungsbedarf aufgezeigt hat (40.03.05, 40.09.01, 40.14.05). Der dritte und jüngste Bericht datiert vom 14. Oktober 2014; er wurde vom Kantonsrat in der Februarsession 2015 beraten und stiess dabei auf positive Resonanz. Die in diesem Bericht aufgezeigten Feststellungen und Entwicklungen, namentlich im Bereich der polizeilichen Sicherheit, der Kriminalitätsentwicklung und des Strassenverkehrs, haben nach wie vor Gültigkeit und sind grundsätzlich noch aktuell. Die Regierung ortete im Bericht 40.14.05 (unter Einbezug von bereits im Vorgängerbericht erläuterten personellen Begehren) einen Bedarf von 98 zusätzlichen Stellen – verteilt über alle Dienstzweige, aber mit einem klaren Schwergewicht bei der uniformierten Regionalpolizei –, um den veränderten Herausforderungen gewachsen zu sein.

Der Kantonsrat hat den im Bericht 40.14.05 skizzierten Personalausbau der Kantonspolizei regelmässig bewilligt, dies selbst in Zeiten angespannter Finanzlage. Mit den Budgets der Jahre 2015 bis 2020 konnten von den 97 Stellen, welche die Regierung aufgezeigt hatte, 89 Stellen geschaffen werden. (Eine Stelle ist weggefallen, nachdem das interkantonale Kompetenzzentrum für digitale Forensik mangels Mitwirkung der Nachbarkantone nicht realisiert werden konnte.) Die Ausbausritte, die im Bericht 40.14.05 aufgezeigt wurden, konnten damit bislang – mit geringfügigen zeitlichen und prioritären Verschiebungen – umgesetzt werden. Die letzte Tranche von acht Stellen wird mit dem Budget 2021 beantragt. Dieser Personalausbau sowie verschiedene Reorganisations- und Technikprojekte führten für die Bevölkerung zu einer sicht- und spürbaren Erhöhung der Polizeipräsenz.

In den letzten Jahren hat sich der Fokus der polizeilichen Arbeit verändert. Zwar ist die Polizei weiterhin durch die «traditionellen» Aufgabenstellungen gefordert, die sich aus dem Grundauftrag zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit ergeben. Indessen schreitet die Digitalisierung des gesamten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens rasch voran. Dies eröffnet im Bereich der Cyberkriminalität – Erpressungen, Wirtschaftskriminalität, Malware – neue Begehungs-

formen für Straftaten, führt aber auch dazu, dass bei immer mehr «gewöhnlichen» Straftaten erhebliche Datenmengen auszuwerten sind, um die Delikte aufzuklären (Betäubungsmitteldelikte, Drohungen, Urkundenfälschungen, Gewaltdelikte).

Die Kantonspolizei St.Gallen hat in den letzten Jahren mit sehr viel Energie einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess durchlaufen. Sehr viel Arbeit wurde in die personelle, technische und taktische Weiterentwicklung des Korps mit dem Ziel eines optimalen Ressourceneinsatzes gesteckt. Die Kantonspolizei St.Gallen darf sich heute zu den schweizweit führenden Polizeikorps zählen. Leider ist es bei der interkantonalen Zusammenarbeit nicht zu gleichen Entwicklungen gekommen. Die Strafverfolgung ist im Wesentlichen noch immer sehr stark föderal strukturiert. Die vorhandenen Ressourcen bei Polizei und Staatsanwaltschaft müssen künftig interkantonal gebündelt und neu organisiert werden. Auch in weiteren Bereichen, namentlich bei den polizeilichen Interventionseinheiten, besteht mit Blick auf die Sicherheit der Mitarbeitenden und auf die Effizienz der Ausbildung und Einsatzführung Optimierungspotenzial. Dies hat auf der einen Seite eine Konzentration (z.B. in Kompetenzzentren) und auf der anderen Seite einen Verzicht auf gewisse Aufgaben zur Folge. Damit dieses «Geben und Nehmen» funktioniert, bedarf es auf oberster kantonalen Ebene des für diesen Schritt notwendigen politischen Willens, dies in allen beteiligten Kantonen.

Eine umfassende Überarbeitung und Aktualisierung der bisherigen Berichte zur inneren bzw. zur polizeilichen Sicherheit hält die Regierung derzeit für entbehrlich. Sie ist aber bereit, in einem Bericht die Weiterentwicklung der Kantonspolizei mit Fokus auf vermehrter interkantonalen und internationaler Kooperation zu vertiefen und auch den entsprechenden Handlungsbedarf aufzuzeigen.